

## "Das Saarland" in Le peuple (1. Juni 1954)

**Legende:** Am 1. Juni 1954 untersucht die belgische sozialistische Tageszeitung Le Peuple den Verlauf der Debatten über das europäische Statut der Saar, wie der Niederländer Marinus van der Goes van Naters, Berichterstatter im Ausschuss für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung des Europarats, es vorgeschlagen hat.

**Quelle:** Le Peuple. 01.06.1954. Bruxelles: Le Peuple. "La Sarre", auteur:Peeters, Eugène.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/das\\_saarland\\_in\\_le\\_peuple\\_1\\_juni\\_1954-de-8b801ede-9d82-42af-a8a6-e55bdocdbd9f.html](http://www.cvce.eu/obj/das_saarland_in_le_peuple_1_juni_1954-de-8b801ede-9d82-42af-a8a6-e55bdocdbd9f.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Das Saarland

### von Eugène Peeters

Seit zwei Wochen wird viel über das Saar-Problem gesprochen. Es wird in Straßburg darüber debattiert, wo das europäische Statut auf der Tagesordnung der Beratenden Versammlung des Europarates stand. In Paris wurde darüber gesprochen, und in der Bundeshauptstadt Bonn gab man Erklärungen zu diesem Thema ab.

Die Einschätzungen hinsichtlich dieser Frage sind unterschiedlich und gehen von positivem Optimismus bis hin zur völligen Verneinung jeglichen Fortschritts in der Sache.

Ausgangspunkt war das lange Gespräch, das Bundeskanzler Adenauer und der französische Vize-Ratspräsident P.-H. Teitgen in Anwesenheit des saarländischen Regierungsvorsitzenden Johannes Hoffmann am 18. Mai in Straßburg führten. Die Beratungen waren geheim. Man hat jedoch erfahren, dass Paul-Henri Spaak während eines von ihm organisierten Essens den Anstoß gegeben hatte. So konnte er seinen Gästen einen Lösungsvorschlag präsentieren, der später von den drei oben genannten Personen diskutiert wurde.

Die Grundlage für Spaaks Vorschlag war der Bericht über das europäische Saarstatut, den der holländische Sozialist van der Goes van Naters der Generalversammlung vorgelegt hatte.

Im September 1952 war er mit der Untersuchung dieses schwierigen Problems beauftragt worden. Er legte der Versammlung 1954 seinen Bericht vor, in dessen Vorwort er feststellte, dass das Scheitern des ersten Plans einer Europäisierung des Saarlandes, der 1952 von Robert Schuman und Konrad Adenauer diskutiert worden war, sich mit dem Missverständnis über den Begriff der Europäisierung erklären ließe und dass man auf beiden Seiten ausschließlich nationale Interessen verfolgt habe. Für die Deutschen schien die von Frankreich vorgeschlagene Europäisierung des Saarlandes nur ein Mittel, um das Saarland endgültig von Deutschland zu trennen und Frankreichs Wirtschaftshegemonie zu decken. Für die Franzosen war die Europäisierung nach Art der Deutschen nur ein Mittel, um sich die Zukunft offen zu halten und in der Zwischenzeit die öffentliche Meinung zu bearbeiten und die deutsche Durchdringung im Saarland unverzüglich zu sichern.

Die Verhandlungen befanden sich in einer Sackgasse, und als Ausweg präsentierte van Naters einen neuen Entwurf für ein europäisches Statut.

Dieser Entwurf sieht vor, dass das Saarland europäisches Gebiet wird, sobald die Europäische Politische Gemeinschaft ins Leben gerufen wird, vorbehaltlich der Bestimmungen eines Friedensvertrags oder einer an dessen Stelle tretenden Regelung.

Während des Übergangszeitraums soll ein vom Ministerkomitee des Europarats ernannter europäischer Kommissar, der weder Franzose, noch Deutscher, noch Saarländer sein würde, die außen- und verteidigungspolitischen Interessen des Saarlandes wahrnehmen. Er soll bei seinen Aufgaben von einem beratenden Ausschuss unterstützt werden, der aus fünf Bürgern der Mitgliedstaaten des Europarates oder von Staaten besteht, die für das europäische Saarstatut garantieren würden. Bis zur Ratifizierung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft soll die Verteidigung des Saarlandes von Truppen unter dem Kommando des Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Europa gewährleistet werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht sieht das Statut die Beibehaltung des gemeinsamen Marktes zwischen Frankreich und dem Saarland vor. Es werden Maßnahmen erwogen, um die Handelsbilanz zwischen Frankreich und dem Saarland und die zwischen Deutschland und dem Saarland nicht in Gefahr zu bringen. Der deutschen Wirtschaft wird ebenfalls ein Platz im gemeinsamen Markt eingeräumt werden.

Die politischen Parteien, die Vereine, Zeitungen und öffentliche Versammlungen bedürfen keiner Genehmigung. Ein Kulturabkommen wird zwischen dem Saarland, Frankreich und der Bundesrepublik geschlossen, dessen Hauptziel der umfassende Schutz der deutschen Kultur und Sprache der saarländischen

Bevölkerung sein soll. Die Universität des Saarlandes wird in eine europäische Universität umgewandelt.

Schließlich sieht ein sehr wichtiger Artikel vor, dass die Regierungen Frankreichs, der Bundesrepublik, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika sich verpflichten, das europäische Statut des Saarlandes bis zum Abschluss eines Friedensvertrags zu unterstützen und zu wahren. Diese Regierungen verpflichten sich außerdem, die Endgültigkeit dieser Lösung während der Verhandlungen und der Umsetzung des Vertrages zu unterstützen. Die deutsche Regierung soll dieser Verpflichtung zustimmen.

Die saarländische Bevölkerung soll sich in einer Volksabstimmung zu diesem Statut äußern.

Das sind die Grundzüge des Naters-Berichts.

\*\*\*

Nach dem Gespräch zwischen Teitgen und Adenauer war die Stimmung in den betroffenen Kreisen in Straßburg durchgehend positiv. Man sprach nur noch von einem Abkommen zwischen den beiden Staatsmännern, ein Abkommen, das endlich eines der Haupthindernisse für die Verwirklichung Europas aus dem Weg räumen würde. Es hieß, dass Frankreich, das die Lösung des Saarproblems zu einer Vorbedingung für die Prüfung des EVG-Plans gemacht hatte, diesen Plan einer gemeinsamen Verteidigung endlich würde diskutieren und möglicherweise ratifizieren können.

Die ersten Reaktionen kamen aus dem französischen Außenministerium am Quai d'Orsay. Man leugnete, dass ein Abkommen welcher Art auch immer in Straßburg geschlossen worden sei, zumal P.-H. Teitgen nicht die Befugnisse für ein solches Abkommen hatte.

Unter dem Ansturm der Fragen musste Bundeskanzler Adenauer bei seiner Rückkehr nach Bonn ebenfalls zugeben, dass ein förmliches Abkommen nicht besteht.

Man sprach in der Folge von dem Entwurf einer Grundsatzerklärung. Man kündigte an, dass die Regierungen in Bonn und Paris den Wortlaut prüfen müssten und dass eine Lösung absehbar sei.

Gleichzeitig wurde in der Generalversammlung in Straßburg die Debatte über das europäische Statut des Saarlandes wie vorgesehen eröffnet.

Van der Goes unterstrich dessen Bedeutung. Im Grunde genommen erklärte er, dass der gegenwärtige Zustand untragbar sei. Er ließe sich weder durch das Recht noch durch die Tatsachen rechtfertigen. Er sei von allen unerwünscht. Die Europäisierung des Saarlandes sei die einzig mögliche Lösung. Sie zerstöre nichts und werde niemanden zu Gewinnern oder Verlierern machen. Sie verändere die gegenwärtige Lage in keiner Weise: Sie biete eine harmonische Lösung und wahre gleichzeitig die Grundsätze der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts.

De Menthon legte daraufhin der Versammlung eine Entschließung vor, die sie quasi einstimmig verabschiedete und die die Frage bis zur nächsten Sitzung im September verschob. Sie verleiht der Meinung Ausdruck, dass in diesem heiklen Verhandlungsstadium eine öffentliche Debatte über das Saarland unangebracht sei, dass das Thema aber auf der Tagesordnung bleiben müsse.

Und so ließ Paris am letzten Freitag die Gründe für seine Zurückhaltung verlauten. Eine Depesche gibt offiziell die aktive Beteiligung Paul-Henri Spaaks an den Gesprächen zwischen Adenauer und Teitgen über die Saarfrage zu. Er habe den Entwurf für ein Abkommen vorgelegt, das nach und nach eine wirtschaftliche Gleichstellung zwischen Frankreich und Deutschland vorsieht. Dieser Entwurf sei von dem französischen und dem deutschen Politiker geprüft worden.

In Paris ist man der Meinung, dass der Plan Spaaks den Naters-Plan im wirtschaftlichen Bereich grundlegend verändert und dass diese Änderungen der französischen Position widersprechen; dass darüber hinaus dieser Plan auf die Garantie durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten für das europäische

Statut des Saarlandes verzichtet, was zur Folge hätte, dass das Statut bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags hinfällig würde, und dass der Plan aus diesem Grund für die französische Regierung nicht akzeptabel ist.

Bedeutet das, dass sich das Saarproblem erneut in einer Sackgasse befindet?

Wir denken nicht.

Nach den Teitgen-Adenauer-Gesprächen bemerkte einer der Referenten des Bundeskanzlers, dass angesichts der Ebene, auf dem die Gespräche stattfinden, es nur sehr schwer vorstellbar sei, dass alles komplett in Frage gestellt oder an Subalterne abgegeben wird.

Außerdem ist da noch die Tatsache, dass die Versammlung in Straßburg keine öffentliche Debatte zu einem Zeitpunkt anstoßen wollte, da sich die Verhandlungen in einem heiklen Stadium befinden.

Und schließlich die Tatsache, dass die von Spaak vorgeschlagenen Abänderungen kein unüberwindbares Hindernis darstellen und dass man mehr und mehr von der Unerträglichkeit des *status quo* überzeugt ist.